

# Unions-Pläne gegen Piraten ohne Mehrheit

(dpa). Die Union ist mit ihren Plänen, der Bundeswehr per Verfassungsänderung mehr Rechte im Anti-Piraten-Kampf zu geben, auf massive Ablehnung gestoßen.

Sowohl der Koalitionspartner SPD als auch die Opposition stellten sich gestern gegen solche Überlegungen von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Innenminister Wolfgang Schäuble (beide CDU). Eine verfassungsändernde Mehrheit ist damit nicht in Sicht. SPD- und Oppositionspolitiker äußerten den Verdacht, dass Schäuble über die Hintertür einen Einsatz der Bundeswehr im Inneren erreichen möchte. Dies ist in der Koalition seit Jahren umstritten.

Hintergrund der Debatte ist der gestoppte Einsatz der Polizei-Eliteeinheit GSG 9, die ein vor Somalia gekapertes deutsches Schiff befreien sollte. Die Befreiung der Geiseln wäre nach Auffassung Schäubles Aufgabe der Bundeswehr gewesen. Dafür brauche sie aber verfassungsrechtliche Grundlagen.

In den vergangenen Jahren fanden Überlegungen, entweder den Artikel 35 (Amtshilfe) oder 87a (Streitkräfte) zu ändern, keine Mehrheit. "Das Thema ist kontrovers geblieben und ist es auch bis

zum heutigen Tag", sagte Regierungssprecher Ulrich Wilhelm. Merkel unterstütze die Rechtsauffassung von Schäuble, dass eine Änderung des Grundgesetzes zu größerer Rechtssicherheit für die Bundeswehr führen würde.

SPD und Opposition bestritten, dass die Verfassung geändert werde muss. Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Rainer Arnold, nannte den Vorstoß Schäubles "kompletten Unsinn". Die Bundeswehr dürfe natürlich ihre Spezialkräfte einsetzen. Er warf dem Minister vor, die Geiselnahme zu instrumentalisieren, um die Kompetenzen der Bundeswehr auszuweiten. Auch der FDP-Innenexperte Max Stadler äußerte den Verdacht, dass Schäuble die Geiselnahme nur zum Vorwand nehme, um sein Ziel zu erreichen, die Bundeswehr auch mit polizeilichen Aufgaben zu betrauen.

Verdacht: Einsatz der Bundeswehr durch die Hintertür?

Der FDP-Verteidigungsexperte Rainer Stinner forderte die Union auf, damit aufzuhören, "ihre überflüssige Forderung nach einer Grundgesetzänderung durch immer schlechtere und unsinnige Argumente zu begründen".

Nach Worten des Verteidigungsexperten der Links-Fraktion, Paul Schäfer, geht es der Union nicht um eine effektive Bekämpfung von Piraterie, "sondern schlicht um die Vermischung militärischer und polizeilicher Aufgaben und Befugnisse". Die Grünen warfen Schäuble mangelnde Seriosität vor. "Zur Verfolgung von Piraten vor der Küste Somalias ist eine Grundgesetzänderung nicht nötig", sagte Grünen-Chefin Claudia Roth.

Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg, warnte, das Trennungsgebot von Polizei und Militär als Wahlkampfthema zu missbrauchen.